

Diese Zeitung erträgt
jede Art Gewalt.

Werde du Christ und
der Gott segne dich.
Kommunion mit dem
Gott und sei ein guter Mensch.

Kriegsgefangene
und Kriegsbeschädigte
mit dem kleinen
Sparbüchlein jederzeit
zu bezahlen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Büro des H. G. W. 1. Büro.
Büro des H. G. W. 2. Büro in Hannover.

Sozialdemokratischer Verlag, Gedächtnispreis 50 Pf.
Abonnementsschluß: Ende August 1921.

Redaktion und Vertrieb:
Hannover, Kolonialstr. 3, 2. Et. — Herausgebr. August 1921.

Ziele und Wege.

Verantwortlich unterscheidet sich der Mensch auch dadurch vom Tier, daß er nicht nur für den Tag lebt, sondern daß er an die Zukunft denkt, daß er sich Ziele setzt für die Zukunft und daß er nach Mitteln und Wegen späht, um diese Ziele zu erreichen.

Wie der Dichter sagt: „Etwas hoffen und lieben und sorgen muß der Mensch für den kommenden Morgen“, das heißt, der einzelne Mensch und die einzelnen Gruppen finden nicht ihr Genüge in der Sorge für die gegenwärtigen Bedürfnisse, sie beschäftigen sich auch mit den kommenden Dingen, mit der Gestaltung der Zukunft. Das müßte ja ein eigenartiger Mensch sein, der sich nicht Zukunftspläne macht, und das müßte eine merkwürdige Menschengemeinschaft sein, die ihre Tätigkeit in der Gegenwartarbeit erschöpft, ohne sich über die zukünftige Entwicklung des menschlichen Zusammenlebens Gedanken zu machen. Die Kulturmenschen blicken über ihre Rosenschirme hinweg und müssen sich ab am Zukunftsziele und um die Wege, die zu diesen Zielen führen. Zweierlei ist es also, daß uns alle bewegt, zwei Fragen sind es, die uns im innersten Herzen beschäftigen: „Wie werden wir uns die zukünftige menschliche Gesellschaft, und wie wollen wir es anfangen, diese Gesellschaft zu errichten?“ Aber anders ausgedrückt: „Welches Ziel schwebt uns vor Augen, und welcher Weg soll uns ans Ziel bringen?“ Von der Beantwortung dieser zwei Fragen hängt unser zukünftiges Schicksal ab. Nur dann, wenn wir uns das richtige Ziel setzen und den richtigen Weg gehen, kann das deutsche Volk und das deutsche Proletariat wieder aus dem Elend herauskommen, in das es durch den unglücklichen Weltkrieg und seine Begleiterscheinungen gestürzt worden ist.

Neber des Ziel sind alle klassenbewußten Proletarien einig. Es ist die Beseitigung der kapitalistischen Klasse gesellschaft mit ihrer Ausbeutung, Bereicherung, Unterdrückung eines Menschen durch den anderen und die Schaffung einer sozialistischen Lebensgemeinschaft, in der jeder Mensch, der seine Pflicht tut, sein menschenwürdiges Dasein hat. Wie sich diese Gemeinschaft im einzelnen gestalten soll, darüber gehen die Meinungen noch vielfach auseinander, aber über das Wesen und den Kern der Zukunftsgesellschaft bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Desto weiter gehen aber die Meinungen auseinander über die Wege, die eingeschlagen, und die Mittel, die angewandt werden müssen, um in das sozialistische Zukunftsland zu gelangen. Der Gegensatz zwischen Kommunismus und Sozialismus, der gegenwärtig die Arbeiterbewegung durchläuft, dreht sich weniger um das Ziel, das heißt um die Ausgestaltung der zukünftigen Gesellschaft in bezug auf die Erzeugung und die Verteilung der Gebrauchsgüter und Dienstleistungen, als vielmehr um den Weg, das heißt um die Methode, die zum Ziel führt. Hier scheiden sich die Geister, hier ist der Kluß, der durch die Arbeiterschaft geht, hier ist die eigentliche Quelle der großen Erditterung, die die moderne Arbeiterbewegung vergrift und die proletarische Stabs- und Werbetaufe löst.

Der moderne Sozialismus, der dem Entwicklungsgedanken huldigt und in der menschlichen Gesellschaft einen lebenswollen Organismus erblickt, will auf dem Wege einer allmäßlichen Umgestaltung unserer wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und geistigen Verhältnisse die Menschen in das soziale Neuland hineinführen. Er hat die Überzeugung gewonnen, daß dies Neuland nicht im Sturme erobern werden kann, daß es vielmehr schrittweise errungen, daß jeder Fußbreit Boden mit harter Mühe urbar gemacht werden muß. Deshalb will er den Zugang und die gewaltlosen Mittel möglichst ausschließen, er will durch Ausklärung, Bildung, Erziehung, Schulung und Organisierung die Volksmassen zu einem Machtfaktor machen, der die Sozialisierung und die Demokratierung unseres Zusammenlebens und Zusammengehörigkeits ermöglicht. Die Menschen sollen den Willen und das Wissen in sich haben, um den Tempel der Zukunft zu bauen. Dieser Weg mag wohl länger und mühsamer sein, als jener andere Weg, auf dem die Menschen mit Gewalt glücklich gemacht und in das Paradies der Zukunft geführt werden sollen, aber er verspricht sicher und dauerhafte Erfolge. Es scheint richtiger und besser zu sein, die Menschen für die neue Gesellschaft reif zu machen, als sie durch Terrorismus und Diktatur zu Zwangsmitteln zu machen, die einen inneren Widerwillen haben gegen die Wirkungsweise der Gewaltsteller, und die deshalb passiven (oder unter Umständen auch aktiven) Widerstand leisten. Wer weitgesichtlich und entwicklungsgesichtlich zu denken versteht, der vermag nicht den geringsten Zweifel daran zu hegen, daß nur auf dem Wege der Evolution, der allerdings hin und wieder von Revolutionen unterbrochen wird, die Verwirklichung der Zukunftsziele möglich sein wird. Wer allerdings die menschliche Gesellschaft als einen Mechanismus betrachtet, der zum Stillstand gebracht, auseinandergerissen und wieder zusammengefügt werden kann, der mag seine Hoffnung auf die schnelle, gewaltsame Umstaltung der Verhältnisse setzen. Er wird aber zweifellos die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Gewalt kein Entwicklungshebel ist, daß sie wohl zeitweilig kurzfristige Erfolge erreichen kann, daß aber der Aussieg der Menschheit auf inneren Kräften beruht. Möge diese bittere Erfahrung dem deutschen Volke und dem deutschen Proletariat erpunkt

bleiben, denn es ist immer möglich, erst durch Schaden nun zu werden. Es steht ja hierbei das Wohl der Millionen Volksgenossen auf dem Spiele, und es wäre ein verbrecherlicher Wahnsinn, diese Millionen einem Traum zu opfern, der niemals Wirklichkeit werden wird.

Jene Leute, die in Verleumdung der inneren Zusammenhänge der menschlichen Gesellschaft das Bestehende rücksichtlos umstürzen und Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandeln wollen, um darauf den Tempel der Zukunft zu bauen, gleichen den Bewohnern einer Stadt, die aus Vergessen über die Mängel und Fehler ihrer Wohnungen die ganze Stadt mit all den Häusern, Anlagen, Ein-

Freiheit glaubt die freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung nicht an den unmittelbaren Anbruch des tausendjährigen Reiches; sie glaubt nicht an die explosive Verdichtung der sozialen Revolution durch fortwährende politische Aktionen, sie glaubt nicht in diesem russischen Sinn an Weltrevolution. Es ist bezeichnend, daß die leidenschaftlichsten Verbündeten der Weltrevolution gerade diejenigen Marxisen sind, die durch geschichtliche Fügung bis vor wenigen Jahren nicht in der Lage waren, zu handeln. Die Russen waren bis zur zweiten Revolution — nach dem kurzen Triumph der ersten — von allen europäischen Sozialisten diejenigen, die ohnmächtig und meist aus der Fremde den Auswirkungen kapitalistischer und bürokratischer Willkürherrschaft in Russland zuschauen mußten. Sie waren Bushido, Theoretiker, geladen mit revolutionärer Aktivität. Sie sind als praktische Sozialisten und Gewerkschafter jüngeren Datums. Der russische Sozialismus ist nicht an sich selbst radikaler und austrächtiger, wie seine Vertreiber erklären; nur die Verhältnisse, die er vorfand, waren ungleich rücksichtiger und austrächter als die des Westens; die Arbeiterschaft und die Bauern in dumplerem Sinn Slaven des Kapitals und Hörige der Grundherren. Es war natürlich, daß die revolutionären Sozialisten die Atmosphäre dieser verroteten Verhältnisse nur reinigen zu können glaubten durch radikale Zersetzung des gesamten Systems. Die geographische Lage Russlands und der geschichtliche Augenblick, in dem die Revolution ausbrach und sich entwickelte, begünstigten gleicherweise wie die geistige Einstellung der russischen Massen und ihre Gewöhnung an kreativen Gehorsam den hemmungslosen und scheinbar dauernden Sieg der bolschewistischen Minderheit über Kapitalismus und Beamtenstaat, über die anderen Richtungen des Sozialismus und den Widerstand der Bauern. Die Triumphe der Sovjetarmee über ihre Gegner bestätigten das unerbittliche Regiment der bolschewistischen Autokratien, das sie vom ersten Tage ihrer Macht als „Diktatur des Proletariats“ zur Normalform des sozialistischen Übergangstaates allen europäischen Sozialisten aufdrängen wollten. Die Diktatur des Proletariats ist weit davon entfernt, die einzige mögliche Staatsform des siegreichen Sozialismus zu sein. Abgesehen von allen inneren Bedingungen, kann sie es nur da werden, wo, wie in Russland, die riesige Entfernung von den großen kapitalistischen Staaten der sozialistischen Regierung die Aussicht auf erfolgreichen Kampf verbietet. Sie ist nur durch ein Zusammenvorbrechen der verschiedensten Umstände zu der russischen Form des proletarischen Staates geworden. Selbst wenn sie in Russland eine geschichtliche Notwendigkeit wäre, hat sie damit noch kein Daseinsrecht in dem übrigen Europa. Aus bloßem logischen Fanatismus, der sich die Befreiung von der Diktatur der Bourgeoisie nur durch ihren brutalen Gegenseit zu denken vermag, kann kein Sozialist, kein Gewerkschafter sich für die Vergewaltigung der Mehrheit einsetzen. Darin besteht der Adel des Sozialismus, sagte Faure, daß er nur siegen kann, wenn er die Geister gewinnt, wenn er die Mehrheit eroberst. Diese Gedanken haben die Bolschewisten in solchem Grade verleugnet, daß sie nicht einmal darob zurücktreten, innerhalb der sozialistischen Reihen jeden Widerspruch in Blut zu ersennen oder in den dicken Mauern der zaristischen Gefängnisse verhallen zu lassen.

Die Macht der Bolschewisten beruht mehr auf ihren militärischen Erfolgen als auf ihren wirtschaftlichen und sozialen Leistungen; aber selbst die Siege der roten Armeen sind von geringerer Bedeutung für die Ausbreitung ihrer Macht als ihre scheinbar so offenkundige, klare Propaganda für ihre Parolen. Das Eingekündnis begangener Fehler ist gewiß ein Zeichen von Mut. Aber wenn es so zur Gewohnheit wird wie bei den Leitern des russischen Staates, kann es nur noch von Schwärmern als Zeichen aufbauenden politischen Genies aufgefaßt werden. Bei uns hungert die Arbeiterschaft“, erklärte Bucharin in einer Rede vom 8. Juni d. J., „weil die Produktionszirkulation zwischen Stadt und Land gehemmt ist.“ Diese Siedlung war eine unmittelbare Folge der wirtschaftlichen Methoden der Diktatur, die den Bauern den gesamten Überfluß der bürgerlichen Produktion wegnahm. Die Befreiung der Requisition und die Einführung der Naturalsteuer bedeutet den Abbau der Diktatur. Das Recht der Arbeiter auf einen Teil ihrer Produkte, das ihnen gegeben wurde, um sich Lebensmittel beschaffen zu können, hat zu einem blühenden Schleichhandel geführt; statt die Produkte an die Einkaufszentralen abzugeben, schlagen sie es lieber an Kleinhändler los, die ihnen mehr dafür bieten. Auf illegalem und gesetzlichem Wege kommt der Zwischenhandel wieder zu seinem Recht. Alles das sind Symptome für das Versagen des Zentralismus.

Aber nicht nur, daß sie im Innern ihr eigenes System abauen, sie haben in der Praxis mit der Weltrevolution gebrochen. Faure hat selbst gesagt, daß „in Sowjetrußland bisher kein Kommunismus bestand, sondern die proletarische Regierung, die um das nackte Leben kämpfte“. Immerhin kämpfte sie um ihr Leben, indem sie Sturm lief gegen den Kapitalismus. Jetzt aber unterstützt sie durch rücksichtige Aufträge die Kapitalisten des Auslandes. Krafft beteuert mit unterwürfiger Ergebenheit in jeder europäischen Hauptstadt, daß europäische Kapital habe nun nichts mehr zu befürchten, der russische Staat bedürfe seiner; daß sei die beste Bürgschaft für die deutschen, englischen und amerikanischen Kapitalisten für die Sicherheit ihrer Konzessionen in Russland. Es versteht sich von selbst, daß derartige Verträge die ausländische Arbeiterschaft zur Rücksichtnahme gegen die Kapitalgruppen zwängt, die russische Aufrüste erhalten. Je mehr solche

Der Weg zum Ziel...

*Jimmer soll der Mensch im Leben
Sorgsam ständig Obacht geben
Auf das Ziel, das ihm gesetzt ist...
Doch nicht minder muß er achten
Und genau den Weg beachten,
Ob ein Hemmnis er entdeckt ist...*

*Denn wir alle hante wissen,
Dass mit vielen Hindernissen
Unser Weg ist vollgespickt...
Immer höher sie sich turmen,
Unverlebt vorbeizürmen,
Heute selten jemand glückt...*

*Unbekommen vorwärts sprengen,
Blindlings, hastig nachzudringen,
Hat sich bitter oft gerächt...
Wie Chronisten uns bekunden,
Schmählich drob den Tod gefundene
Manches tapfere Geschlecht...*

*Daran sollten alle denken,
Nicht allein, die vorne lenken,
Und auch an das Faktum dann:
Selbst wenn man ans Ziel gekommen,
Dient dies nur zu Luth und Trommen,
Wenn man's auch behaupten kann...*

Das Epigramm

rächtungen usw. gewaltsam zerstören, um dann eine von Grund auf neue Siedlungslinie zu schaffen. Sie übersehen bei ihrem wahnwitzigen Vorgehen, daß in der Zeit des Übergangs Tausende von Menschen in Dreck und Schmutz verloren werden. Vernünftige Leute handeln anders; sie gehen planmäßig vor, indem sie bald hier, bald da ein baufälliges Haus abbrennen und durch ein neues ersetzen. So verhält es sich mit der Umgestaltung der Gesellschaft, auch hier kann vernünftigerweise nicht von einer radikalen Zersetzung des bestehenden die Rede sein, sondern lediglich von einem allmäßlichen Umbau. Datum ist es ein verbrecherlicher Wahnsinn, unserer wirtschaftlichen und politischen Leben zu zertrümmern und die Massen ins Elend zu stürzen, um auf diesem Wege ein Zukunftsparadies über Nacht aus dem Chaos herzubauen. Nur ein verzweifelter Spieler scheint nicht daran zu denken, daß Menschenleben als Einsatz zu gebrauchen, um möglicherweise ein Paradies zu gewinnen. Dies Verzweiflungsspiel wird so auslaufen, daß die Volksmassen nicht mehr imstande sein werden, aus dem kapitalistischen Sumpf den Weg zu finden in das sozialistische Neuland. Die Bereicherungs- und Katastrophenpolitik stehen nur das Ziel, aber nicht den Weg, und darum dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihr angeblicher Siegeszug im Abgrund endet. Dann erst, wenn es zu spät ist, werden die irrgeduldeten Massen zu ihrem Schaden erkennen, daß auch das schwache Ziel nicht erreicht werden kann, wenn nicht ein gangbarer Weg vorhanden ist, der zu diesem Ziele führt. Die menschliche Gesellschaft ist nun mal ein Organismus, der nicht durch rohe Gewalt zertrümmert werden darf, sondern nur von innen heraus umgestaltet werden kann. Wer einen anderen Weg vorschlägt, ist ein Narr oder ein Betrüger.

Amsterdam gegen Moskau.

II.

Die Kommunisten werden nicht müde, zu behaupten, daß der Gegensatz Moskau-Amsterdam so viel bedeutet, „wie Klassenkampf oder Arbeitergemeinschaft“, daß er in der Formel „proletarische Diktatur oder bürgerliche Demokratie“ vollständig zur Ausdeutung kommt.

Die ständige Wiederholung dieser Schlagworte macht sie zum einen Deut weniger. Sie sind Lüge und bleibende Lüge. Der Internationale Gewerkschaftsbund denkt nicht daran, sich zur Verbündeten der bürgerlichen Demokratie oder der Arbeitergemeinschaft zu machen, als wäre jene schon die erste staatliche Form der sozialistischen Gesellschaft und diese das letzte Wort im Kampf um die wirtschaftliche Demokratie.

* Siehe Nr. 22 des „Proletariers“.

Beilage zum Proletarier

Nummer 32

Hannover, 6. August 1921

30. Jahrgang

CCC Hus der Industrie CCC

Chemische Industrie

Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie, Sektion VI (Baden, Württemberg und Pfalz).

Am Mittwoch, dem 13. Juli 1921, tagte im Rathaus zu Mannheim eine Konferenz der Arbeiter der chem. Industrie (Sektion VI). Vertreten waren auf der Konferenz alle an dem Abkommen der Sektion VI beteiligten Organisationen durch 55 Delegierte und 4 Gäste, einschließlich der Gauleiter, Geschäftsführer und Wahlleiter.

Zusammenfassung: Stellungnahme zur Kündigung des Rahmenabkommens bei Chem. Industrie, Sektion VI. Die Konferenz wurde durch den Rolf Schreiber (Budwigshofen) eröffnet und geleitet. Rolf Schreiber weiß zunächst darum hin, daß von den Kollegen der B. A. C. F. (Budwigshofen) der Wunsch vorliege, vor Beginn der allgemeinen Konferenz noch eine Sonderkonferenz abzuhalten. Den Wünschen dieser Kollegen konnte jedoch nicht stattgegeben werden, und es wurde sodann in die allgemeinen Beratungen eingetreten. Kollege Schreiber hält ein eindeutiges Rezept über die bestreitige Lage der chem. Industrie und ihrer Arbeiterschaft. Er führt aus: Es darf wohl festgestellt werden, daß wir darüber vor einer Meinung sind, daß der Tarifvertrag gekündigt werden muß. Für die bereits eingetretenen und noch in weit höherem Maße zu erwartende Teuerung muß ein Ausgleich für die Kollegen und Kolleginnen gesuchten werden. Die Teuerung hat ihre Ursache zweckästhetisch in der Neugestaltung der Gewerbeordnung, welche nicht nur auf das Brot und das Mehl allein beschränkt bleibt, sondern auch nach entsprechenden Maßen auf andere Artikel übergreifen wird. Auf die kommende Steuererhöhung wird ein wesentliches Anzeichen der Preise zur Folge haben. Aber eben bei voller Erkenntnis der kommenden Dinge, welche eine weitere Verpflichtung der Lage der Arbeiterschaft mit sich bringen wird, darf nicht außer acht gelassen werden, welcher Weg zur Belebung der Lage der Arbeiterschaft gegangen werden darf. Zur Frage der Kündigung des Vertrages selbst hält Röder den 15. Juli als Termin zur Kündigung steht für günstig. Die bestreitige Weltmarktlage läßt ja noch nicht klar übersehen, in welcher Weise sich die Arbeitsmärkte bis zum Eintritt in drohende Vergewaltigungen gestalten werden. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Preiserhöhung bis zum Eintritt in die Verbändelungen schon so ausgewirkt hat, daß es möglich sein wird, bei den Verhandlungen für die Kollegen den erforderlichen Ausgleich zu erhalten. Erfahrungsgemäß deshalb, die Kündigung des Vertrages erst am 15. August aufzuschieben. Röder weiß darum hin, daß, nachdem wir beim Reichsarbeitsministerium die Verbündlichkeit des Sektions-Abkommens beantragt haben, dieses die pharmazeutischen und chem.-technischen Betriebe vor der Verbündlichkeit entzogen hat. Auf den von uns erfolgten Rechtsantrag des Reichsarbeitsministerium wurde uns von dort der Bescheid, daß die Aussetzung der Verbündlichkeit für die pharmazeutischen und chem.-technischen Betriebe auf Grund eines Entschlusses des Badischen Gewerbeausschusses erfolgt sei. Wir haben bei den zuständigen Behörden verlangt, daß aus einer Abhilfe des Verlustes des Bads. Gewerbeausschusses, welches an das Reichsarbeitsministerium geleitet wurde, ausgenommen wird. Das Bad. Gewerbeausschuss sieht sich dadurch in eine schwierige Lage gebracht. Wir aber verlangen in dieser Sache volleclarität. Gestützt auf die Aussetzung der genannten chemischen Betriebe aus der Verbündlichkeit, erstrebt man auf Seiten jener Unternehmer die Schaffung eines Sondervertrages für die pharmazeutischen und chem.-technischen Betriebe. Für uns kann nur der abgeschlossene Sektionsvertrag maßgebend sein. Wenn man auf Arbeitgeberseite einen Sondervertrag will, so doch nur deshalb, weil diesen in den freien Betrieben die Löhne zu hoch sind. Genauso zeigt sich auch das Verlangen der Arbeitgeber der Zellulose-Betriebe, aus dem Sektions-Vertrag herauszutreten. Alle diese Vorgänge zeigen, für welche Aufgaben wir gerüstet sein müssen.

Na(h) (Budwigshofen): Zu jeder Konferenz tritt das Bestreben, die Löhne zu erhöhen. Die Arbeiterschaft ist trotzdem nicht in der Lage, sich mit dem Notwendigen zu decken. Eine Einigung vom Lebensmittel ist wegen der Natur nicht möglich. Auf der anderen Seite machen die Industrien hohe Gewinne, für die B. A. C. F., Budwigshofen, welche im vergangenen Geschäftsjahr 29 Millionen Mark Bruttogewinn umsetzen hatte. Die Vorgänge auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete drängen immer mehr zu einer Wahl. Wir müssen an die Schaffung einer Industrie-Organisation herangehen. Der immer größeren Konzentration des Kapitals muß die unbedingte Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft gegenübergestellt werden.

G. (1) (Mannheim) verlangt, daß zur Beurteilung der ganzen Frage ist erster Vorsitz die Praxis in den Hintergrund geholt werden müsse. In seinem Betrieb sei die Geschäftslage eine carpett' folgende: und es müssten dort die Arbeitsergebnisse berichtet werden.

Keller (Budwigshofen) weicht auf den Ausführungen Röders ab. Die Schulden Deutschlands können nur durch Arbeit getilgt werden. Die Arbeit kommt aber in vollem Maße nur der beschäftigten Klasse zu gute, während die Arbeiter als Schafe der Welt dienen müssen. Der Kampf muss sich deshalb gegen die Besitzenden richten. Wir sind für die Kündigung am 15. Juli.

Kollege Baer in bach (Speyer) berichtet die Lage der Arbeiterschaft wie sie von den Vorortern vorgebrachten wurde. Von den Arbeitgebern würde fast täglich Sabotage betrieben, das kann an Hand von Beispiele nachgewiesen werden. Der Kampf muss gezielt angewandt werden. Bei den Verhandlungen soll auch dafür gesorgt werden, daß endlich bei der Speyer in die Klasse I eingereicht werde.

Selzer (Göttingen) definiert ebenfalls die Kündigung am 15. Juli mit der Begründung, daß der Termin am 15. August zu spät ist. Es muß der Arbeiterschaft auch die Möglichkeit gegeben werden, sich frühzeitig mit dem Notwendigen einzudecken. Von weiteren Kollegen, die aus den Kleinbetrieben betrieben waren, wird insbesondere auf deren schlechtes Geschäftsjahr hingewiesen.

Strasser (Waldshut) berichtet, wie Kollege Schreiber, die Kündigung am 15. August anzusprechen, da der Termin am 15. Juli ein verjährter sei, und die zum Teil eingetretene Teuerung, sowie die in Qualität gestellte rechtliche Bewertung des Brotes und anderer Artikel, sich noch nicht in der Weise ausgewirkt habe, daß es möglich seie wird, für die Arbeitenden einen der tatsächlichen Teuerung entsprechenden Ausgleich herzustellen. — Den Ausführungen eingerüstet, als ob die Angehörigen der Organisation die Notwendigkeit eines Ausgleichs für die bestreitige Lage der Arbeiterschaft nicht in vollem Maße erkennen, muß eingezogen werden, daß bis in der Aussprache in Kartei Darlegung die Notwendigkeit einer Verteilung der Lage der Arbeiterschaft hervorgehoben.

Scheller (Christl. Metallarbeiterverband) bestimmt die Kündigung für den 15. August. Den Arbeitgebern wäre es vielleicht angemessen, wenn wir schon am 15. Juli kündigen würden.

Weiß (Mannheim) weicht auf Ganggang in der höchsten Fleischindustrie hin, welche zur Bewertung der heutigen Lage, mit der sie die Konferenz beschäftigt, der nicht unverwirrbarer Bedeutung sind.

Böckeler (Karlsruhe) empfiehlt ebenfalls aus den bereits herausgestellten Gründen, die Kündigung erst am 15. August einzuleiten. Mit der Kündigung des Vertrages am 15. Juli werden wir den Arbeitgebern zweifelslos einen Gefallen erzeigen. Wenn wir aber im Interesse unserer Kollegen handeln wollen, dann lasst die Kündigung erst am 15. August vorbereitet werden. Die Ausweitung der Preissteigerung zeigt sich jetzt wieder. Unsere Artikel, unser Brot. Alles wird wieder in den Preissteigerungen ersten Nachfolgen. Die Kollegen in den Großbetrieben müssen mehr Rücksicht von den Kollegen in den Kleinbetrieben nehmen.

Schäfer (Stuttgart) verläßt zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, die Sonderabstimmung für Württemberg wieder einzuführen, damit Württemberg, wie bisher, unter eigenem Vertrag gefestigt wird.

Wille (Stuttgart) fügt die Kündigung des Vertrages am 15. Juli nicht so zu, da er zuviel an dem Kündigungsbegriff verzerrt wird.

Röder-Karlsruhe (Christl. Handels- und Transportarbeiterverband) stellt fest, daß in Größe gewonnen keine wesentliche Differenz vorhanden sind. Kleinsiedlerstreitheit besteht nur über den Zeitpunkt der Kündigung. Er prägt für ebenfalls für die Kündigung am 15. August aus.

Kollege Schreiber (Budwigshofen) betont in seinen Schlussfolgerungen, daß die Kündigung über die Fortsetzung des Vertrages nur einer Meinung sei. Über ebenso wenig muß sie auch über den Termin der Kündigung sein. Wenn bei den Kollegen der B. A. C. F. (Budwigshofen) kein befürworteter Stand vorliegt, so müssen wir sie mit unserem Antrag einig gehen. — In der darauffolgenden Abstimmung wurde beschlossen, die Kündigung des Rahmenabkommens der Sektion VI am 15. August anzusprechen. Ferner wurde festgelegt, daß bei künftigen Konferenzen auf 1000 Delegierte einen Delegierten entnommen wird. An den Konferenzen sollen ferner teilnehmen die Gauleiter und Geschäftsführer, sofern in deren Bezirk überwiegend chemische Industrie vorhanden ist.

Strasser (Waldshut).

Chlorbarium im Trinkwasser.

In der Tyndorffabrik Rhénania in Hünningen a. N. ist auf bisher unaufgelöste Weise Chlorbarium in die Wasserleitung gekommen. Nach dem Genuss von Kaffee, den sich die Arbeiter aus diesem Wasser bereiteten hatten, erkrankten dieselben. Durch Anschlag im Betriebe wurde bekanntgemacht, daß das Wasser 10 Prozent Chlorbarium enthalte. Einige Stunden später betrug der Gehalt noch 2 Prozent. Es ist eine unverantwortliche Leichtfertigkeit der Betriebsleitung, wenn durch falsche Ans- und Zusammenschlüsse verschiedener Leitungen Gesundheit und Leben der Arbeiter gefährdet werden. Hat doch Chlorbarium tödliche Wirkung. Den extraulnen Arbeitern wurde von der Direktion empfohlen, soweit sie sich durch Genuss des vergifteten Wassers krank fühlen, unverzüglich zum Arzt zu gehen. Der daraus entstehende Lohnausfall wird von der Firma getragen.

Mit dieser Maßnahme der Direktion kann die Angelegenheit nicht erledigt sein. Die Gewerbeaufsicht muß sich der Sache annehmen und die Ursache festzustellen suchen, damit in Zukunft solche Ereignisse vermieden werden. Nur wenn den Arbeitern bekannt wird, wie und wo die falsche Verbindung der Leitungen, die Genusswasser und Chlorbarium zusammenführten, zustandegekommen ist, werden die Arbeiter durch ihre Wachsamkeit zur Verhütung beitragen können. Die Firma muß sich diesen Fall aber als Warnung dienen lassen. Wenn dieses Mal zufällig nur verhältnismäßig leichte Erkrankungen daraus entstanden, kann es nächstes Mal schneitere Vergiftungssymptome, möglicherweise mit tödlichem Ausgang,

Beitrag von zehntausend Mark (bisher 4000 Mk.) nicht übersteigen hat. Für jedes vorhandene Kind kommen dazu noch 500 Mk.

II. Worin bestehen die Leistungen der Wochenhilfe über Wochenfürsorge?

1. Arztl. Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Diese Bestimmung tritt in Kraft, sobald die erforderliche Verschärfung zwischen Ärzten und Krankenkassen erreicht ist.

2. Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 1000

Mark (bisher 50 Mk.).

3. Wochengeld für zehn Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Das Wochengeld beträgt:

für die unter I a) genannten weiblichen Versicherten die Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 4,50 Mk. täglich (bisher 1,50 Mk.), für die unter I b) und c) genannten 3 Mk. täglich (bisher 1,50 Mk.).

Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig. Neben dem Wochengeld für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt.

4. Stillgeld, falls die Wöchnerin ihr Kind stillt, für zwölf Wochen, das Stillgeld beträgt:

für die unter I a) genannten die Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 Mk. täglich (bisher 0,75 Mk.);

für die unter I b) und c) genannten 1,50 Mk. täglich (bisher 0,75 Mk.).

5. Solange die unter 1 erwähnte ärztl. Behandlung noch nicht durchgeführt ist:

Behilfe für Geburtsdienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden, in Höhe von 50 Mk. (bisher 25 Mk.).

III. An wen ist der Antrag auf Gewährung der Wochenhilfe oder Wochenfürsorge zu stellen?

1. Die unter I a) genannte versicherte Wöchnerin ebenso wie die unter I b) genannte Familienangehörige eines Versicherten hat den Antrag bei der in Frage kommenden Krankenkasse zu stellen;

2. die unter I c) genannte minderbemittelte Wöchnerin hat den Antrag bei dem Versicherungsaamt ihres Wohnortes oder Bezirks zu stellen.

In beiden Fällen geschieht die Auszahlung durch die Krankenkasse.

Es ist auf alle Fälle ratsam, den Antrag möglichst frühzeitig vor der Entbindung einzureichen.

IV. Was geschieht, wenn die Wöchnerin oder der unter I b) genannte Versicherte stirbt?

1. Sterbt die Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- oder Stillgeld, welche anderfalls an sie gezahlt worden wären, an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

2. Ist der unter I b) genannte Versicherte vor der Niederkunft gestorben, so wird die Wochenhilfe trotzdem gewährt, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

V. Die Wochenhilfe wird unter allen Umständen nur einmal gewährt. Ist eine Wöchnerin bei mehreren Jahren versichert, oder ist sie und ihr Mann versichert, so erhält sie lediglich die für die unter I a) genannten in Frage kommende Wochenhilfe.

VI. Das hier benannte Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Bis dahin bleiben die jetzt geltenden Bestimmungen bestehen. Die Verkündigung ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Wie auf die Gesundheit der Frau schwere Arbeit schädlich einwirkt, beweist uns eine Arbeit, die Maas in der "Zeitschrift für Hygiene" über die Sterblichkeitsverhältnisse des Krankenhauswesens gibt. Auf Grund vorhandener Aufzeichnungen werden in dieser Arbeit die Sterblichkeitsverhältnisse in einzelnen geistlichen und weltlichen Schwesternverbänden verglichen. Ein großer Teil der Schwestern stirbt denkt in jüngeren Jahren als die Frau im allgemeinen. Während von den Frauen allgemein der größte Teil nach dem 50. Lebensjahr stirbt, erreicht von den Schwestern der größte Teil das 50. Lebensjahr nicht. Bemerkenswert sind sie in den ersten Jahren nach dem Eintritt in die Krankenpflege. Sind diese ohne Einschränzung überredet, so ist sie nicht vor ab. Lohn kommen, was kommen mag. Sie ist fest überzeugt, daß unsere Krankenpflege eine gerechte Förderung auch vertreten und zur Erfüllung der Förderung alles Notwendige veranlassen wird. Ich dankte die Krankenpflegerinnen im gesamten Reich für die Förderung des Krankenpflegerats, um sie nach dem Eintritt in die Krankenpflege mit einem Beitrag für alle in der Krankenpflege Beschäftigten zu befreiten. Dr. R. Sie haben dem Bewußtsein des Eintritts Rechnung getragen, weil mit der Aufnahme sind, daß zu den Lohnfragen gründlich Einstellung genommen werden muß. Der Arbeitsaufwand für die Krankenpflegerinnen kann es nur sein, wenn aus den Kreisen der Arbeiterschaft praktische Erfahrungen gemacht werden, die sich nach Lage der Dinge auch verhältnissen lassen.

Frauenfrage.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge nach dem 7. Juli vom Reichstag verabschiedeten Gesetz.

I. Wer erhält Wochenhilfe oder Wochenfürsorge?

a) Jede weibliche Versicherte, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen ist;

b) jede Frau eines Versicherten sowie jede Tochter oder Tochter, welche mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft lebt, falls der Versicherte im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen ist;

(unter a) und b) fallen auf die freiwilligen Mitglieder von Spitalen, welche beim Ausscheiden aus der Versicherungsfamilie weiterverzweigt bei einer Krankenkasse oder kreisfreihafte Krankenkasse berechtigt gewesen waren, und welche seitdem der Spital oder Kreisfreihafte Krankenkasse angehört haben.)

c) jede minderbemittelte Deutsche, die einen Anspruch auf a) und b) auf Wochenhilfe nicht hat, falls ihr und ihres Gemahls Sechsmal kommen, oder, falls sie alleinstehet, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre über Steuerjahr vor der Entbindung der

Berichte aus den Zählstellen.

Bonn, am Sonntag, dem 21. Juli, fand unter starker Beteiligung die Generalversammlung der Sozialistische Partei statt. Kollege Behrs gab den Jahresbericht. Im letzten Jahrzehnt waren die Befreiungen nach dem Sozialbericht, um leichten Betrieb zu erhalten, und zwar sind die Befreiungen grob als bei den anderen Arbeitern. Zugleich geben uns diese neuen Untersuchungen, über die Art im Zentralblatt für Gewerbezeugen berichtet, einen neuen Bereich für die erschöpften Gefahren, die die proletarische Arbeit für die Frauen bedeutet. Die männlichen Sozialisten nähern nämlich an den Erholungsorganen „nur“ zu 23 Prozent, die weiblichen aber zu 37 Prozent erkämpft. Noch beeindruckender zeigt sich, daß die Geschlechterunterschied im Frieden in diesen Bereichen ist. Es erstaunt

